

3.9.1971 Abschluß des Vierseitigen Abkommens über Berlin (West) durch die UdSSR., die USA, Großbritannien und Frankreich. Das völkerrechtliche Abkommen trägt dem besonderen Status dieses Gebietes Rechnung und bestätigt, daß die Westsektoren Berlins „so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“.

9. 3.1972 Das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft erhöhte die Eigenverantwortung der Ehegatten und speziell der Frau für die Familienplanung.

Frühjahr 1972 Umwandlung aller Privatbetriebe und Betriebe mit staatlicher Beteiligung sowie industriell produzierender Produktionsgenossenschaften des Handwerks in volkseigene Betriebe bei Entschädigung der bisherigen Eigentümer. In Berlin wurden dadurch etwa 30 000 Arbeiter und Angestellte und 9,3 Prozent der Industrieproduktion in die sozialistischen Produktionsverhältnisse einbezogen, so daß nunmehr 99,3 Prozent der industriellen Bruttoproduktion auf den volkseigenen Sektor entfielen.

27.3.1973 Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR berieten das Programm für den komplexen Wohnungsbau 1976—1980 in Berlin. Unter Leitung der Staatlichen Plankommission begann der Magistrat mit der Ausarbeitung eines langfristigen Entwicklungsplans für die Hauptstadt, zu dem ein Generalbebauungsplan, ein Generalverkehrsplan und ein Komplexplan Stadttechnik gehörten.

12. 7.1973 Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe erhöhte die Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen sowie Rolle und Autorität der Abgeordneten.

27.9.1974 Das neue Gerichtsverfassungsgesetz schuf die rechtlichen Voraussetzungen für die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der gerichtlichen Tätigkeit.

7.10.1974 Das Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR trug den tiefgreifenden Veränderungen seit April 1968, insbesondere seit dem VIII. Parteitag der SED, Rechnung. Die Aufgaben und Befugnisse der obersten staatlichen Machtorgane — der Volkskammer, des Staatsrates und des Ministerrates — wurden klar umrissen und aufeinander abgestimmt.

19.12.1974 Die Änderungsgesetze zum StGB, zur StPO und zum OWG ermöglichten eine differenziertere und damit wirkungsvollere Anwendung dieser Gesetze zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bürger und des sozialistischen Eigentums.

19.6.1975 Mit dem Zivilgesetzbuch wurde das BGB, das letzte große in der DDR bis dahin noch gültige bürgerliche Gesetz, abgelöst. Die entscheidende gesellschaftspolitische Zielstellung des ZGB liegt in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes und in der Entwicklung der Bürger zu allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten.

27.3.1976 Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED erläuterte Erich Honecker den Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees vom 3.2.1976 über die Aufgaben zur Entwicklung der Hauptstadt der DDR bis 1990.

18.—22. 5.1976 Auf dem IX. Parteitag der SED wurde das neue Parteiprogramm beschlossen. Darin wird das Ziel gestellt, in der DDR weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen. Die Hauptrichtung, in der sich die sozialistische Staatsmacht entwickelt, ist die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie.

7. 4.1977 Das neue Gesetz über die Staatsanwaltschaft orientierte darauf, die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft noch enger mit den gesamtgesellschaftlichen Aktivitäten zur Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit sowie zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit zu verbinden.

16.6.1977 Das neue Arbeitsgesetzbuch gestaltete fundamentale Grundrechte der Werktätigen, wie das Recht auf Arbeit

und soziale Sicherheit, weiter aus und erweiterte die gewerkschaftlichen Mitwirkungsrechte.

14. 8.1978 Das Stadtgericht Berlin verurteilte den ehemaligen Feldwebel der Geheimen Feldpolizei der Naziwehrmacht Herbert Paland, der an Erschießungskommandos teilgenommen, Erschießungen selbst kommandiert sowie eigenhändig 30 Sowjetbürger ermordet hatte, zu lebenslanger Freiheitsstrafe.

5.1.1979 Die Stadtverordnetenversammlung von Berlin beschloß die Bildung des neunten Stadtbezirks Berlin-Marzahn.

29.6.1979 Beschluß der Stadtverordnetenversammlung über die Stadtordnung von Berlin zur Gewährleistung von Ordnung, Sauberkeit und Hygiene.

17.12.1980 Das Gesetz über die Kollegien der Rechtsanwälte, verdeutlichte, daß die Rechtsanwaltschaft fester Bestandteil der sozialistischen Rechtsordnung ist. Es stellte den Rechtsanwaltskollegien neue Aufgaben zur strikten Durchsetzung der Gesetzlichkeit und zur Wahrung der Rechte der Bürger.

11.—16. 4.1981 Der X. Parteitag der SED beschloß, die Politik der Hauptaufgabe auch unter den zu Beginn der 80er Jahre aus der internationalen Lage erwachsenden verschärften Bedingungen fortzusetzen. Die in den zehn Schwerpunkten zusammengefaßte ökonomische Strategie umriß den Kurs auf den Übergang zur umfassenden Intensivierung der Produktion. Es wurde die Aufgabe gestellt, ausgehend von den Anforderungen der Zukunft die sozialistische Rechtsordnung ständig zu vervollkommen und dazu auch solche Gesetze und anderen Rechtsvorschriften zu überarbeiten, die dem Stand der Entwicklung nicht mehr entsprachen.

19.10.1981 Das Stadtgericht Berlin verurteilte den ehemaligen Nazistaatsanwalt Rudolf Otte, der bei einem Sondergericht im okkupierten Polen als Anklagevertreter an der Einleitung von Maßnahmen zur Vollstreckung der Todesstrafe gegenüber polnischen Bürgern mitgewirkt hatte, zu 12 Jahren Freiheitsentzug.

25. 3.1982 Das Gesetz über die gesellschaftlichen Gerichte erweiterte die Rechte der Konflikt- und Schiedskommissionen. Sie wurden mit Befugnissen ausgestattet, die eine hohe erzieherische Einflußnahme gewährleisten und ihre Wirkung über die Beratung und Entscheidung des Einzelfalles hinaus verstärken.

5. 4. 1982 Das Stadtgericht Berlin verurteilte den ehemaligen Nazijuristen Emil Geißler, der als Mitarbeiter des Oberreichsanwalts beim faschistischen Volksgerichtshof an der Ermordung von 26, an der versuchten Ermordung von 6 und an der Verfolgung von mindestens 39 Antifaschisten mitgewirkt hatte, zu 15 Jahren Freiheitsentzug.

7. 6.1983 Das Stadtgericht Berlin verurteilte den ehemaligen SS-Offizier Heinz Barth wegen Mitwirkung bei „standrechtlichen Erschießungen“ von 92 tschechoslowakischen Bürgern und wegen Beteiligung an der Ermordung von 642 französischen Bürgern sowie Niederbrennung der Ortschaft Oradoursur-Glane zu lebenslanger Freiheitsstrafe.

4.7.1985 Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen gestaltete die Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen, ihrer Räte und Kommissionen staatsrechtlich weiter aus.

1.9.1985 Bildung des Rates des zehnten Stadtbezirks Berlin-Hohenschönhausen entsprechend den Beschlüssen der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 11. 4. 1985 und der Stadtbezirksversammlung Berlin-Weißensee vom 29. 8.1985.

17.—21. 4.1986 Der XI. Parteitag der SED beschloß, den Kurs der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Blick auf das Jahr 2000 fortzusetzen. Mit ihm begann eine neue Etappe der Durchsetzung der ökonomischen Strategie mittels umfassender und ökonomisch effektiver Anwendung der modernen Schlüsseltechnologien in allen Bereichen der Volkswirtschaft.

24.6.1986 Konstituierende Tagung der Stadtbezirksversammlung Berlin-Hohenschönhausen.

25.6.1986 Konstituierende Tagung der Stadtbezirksversammlung des elften Berliner Stadtbezirks Berlin-Hellersdorf.

(Zusammenstellung: Dozent Dr. HORST KUNTSCHE, Sektion Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin)